

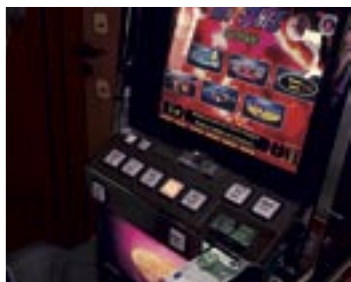
GLÜCKSSPIEL Ein Erfolg in Sicht

Maßnahmen gegen die Spielsucht scheinen in Reichweite. Automaten-spiel soll wirklich „kleines Glücksspiel“ werden.

Die Spielsucht ist in der Steiermark ein großes Problem. Unser Bundesland hat die höchste Dichte an Spielautomaten im deutschen Sprachraum. Das führt zu einer steigenden Zahl an Süchtigen und vielen negativen Begleiterscheinungen: Zerstörte Existenzen, Beschaffungskriminalität, zerbrochene Familien.

Nun ist im Landtag eine Mehrheit für die Vorschläge der KPÖ zur Bekämpfung der Geschäftemacherei mit der Spielsucht in Sicht. Ein Verbot von Geldscheineinzügen bei Spielautomaten sowie das Festlegen einer Mindestspieldauer von 20 Sekunden pro Spiel bei einer darauf folgenden Unterbrechung von 5 Sekunden soll kommen. Derzeit ist es möglich, die Automaten mit Scheinen oder überhaupt per Bankomat-kasse zu füttern und in einer Minute 100 Euro zu verzocken, weil die Mindestspieldauer technisch umgangen wird.

Außerdem soll künftig nur noch der Einwurf von Münzen in maximaler Höhe von 50 Cent zulässig sein. Dadurch würde der Anreiz für Spieler erheblich gesenkt und ein Verlust von hohen Geldbeträgen beinahe unmöglich gemacht. „Das ist ein ermutigendes Signal“, freut sich KPÖ-Klubchef Ernest Kaltenegger. Ein Beschluss im Landtag sei der nächste Schritt.



KLIMT-WEITHALER: PRIVATSTIFTUNGEN ABSCHAFFEN! Wahlkampfkosten beschränken

Kein Verständnis für die Vorgänge rund um die steuerliche SPÖ-Privatstiftung hat KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler.

Die SPÖ löst laut Medienberichten ihre Stiftung auf und führt deren Vermögen in eine GmbH über, die angeblich gemeinnützige Zwecke verfolgt.

Statt einen Eiertanz um ihr Parteivermögen hinzulegen, solle sich die SPÖ lieber dafür stark machen, die unter dem SP-Finanzminister Lacina eingeführten Privatstiftungen wieder abzuschaffen, so Klimt-Weithaler: „Privatstiftungen haben keinen volkswirtschaftlichen Nutzen, es handelt sich ausschließlich um

ein Steuerprivileg für Superreiche. Privatstiftungen sind ein Teil jener wirtschaftsfeindlichen neoliberalen Finanzkonstrukte, die in den vergangenen Jahrzehnten dem Wirtschaftskreislauf immer mehr Geld entzogen und so zur massiven Arbeitsplatzvernichtung beigetragen haben.“

Klimt-Weithaler bekräftigt auch die Forderung nach einer Wahlkampfkostenbeschränkung, für die die KPÖ auch im Landtag geworben hat. Das würde den Menschen mehr bringen als die Verschiebung von Parteivermögen von einem Finanzkonstrukt in ein anderes.



Anti-Privilegierte Partei: KPÖ für mehr soziale Gerechtigkeit

Die immer unüberschaubareren Summen, die für Wahlkämpfe ausgegeben werden, würden die Funktionäre der großen Parteien korrumpieren und dazu verleiten, das Geld „steuerschonend“ anzulegen, so Klimt-Weithaler.

STEIERMARKE-TARIF

Landtag für billigeren Strom

Mehrheit im Landtag für günstigen „Steiermark-Stromtarif“ der KPÖ. Statt 7,2 Cent pro Kilowattstunde soll der Strompreis 5 Cent pro kWh ausmachen.

Der Strompreis ist viel zu hoch. Schon im Sommer präsentierte KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg den „Steiermark-Tarif“ der KPÖ. Statt wie derzeit 7,2 Cent pro Kilowattstunde (kWh) soll der Strom der EStAG damit nur noch 5 Cent pro kWh kosten. Der KPÖ-Antrag wurde zuletzt mit Hilfe von ÖVP und Grünen angenommen. Nun muss Landeshauptmann Franz Voves handeln.

„Diese Preissenkung wird die Energie Steiermark nicht in wirtschaftliche Schwierigkeiten bringen, weil die HaushaltskundInnen nur zu einem kleinen Teil zum Gewinn des Konzerns beitragen“, weiß der KPÖ-Abgeordnete. Außer-



dem stehen die Tarife der EStAG im Widerspruch zur Entwicklung des Strommarktes.

„Es ist erfreulich, dass nun noch ein Anlauf gestartet wurde, um den Strom für die Haushalte billiger zu machen. Das ist auch

die letzte Chance für LH Voves, eine Strompreissenkung auszuhandeln. Wenn er die Chance verstreichen lässt, werden wir mit einer Gesetzesinitiative in den Landtag gehen“, sagt Werner Murgg.